



AfD-Fraktion im Gemeinderat Reutlingen Marktplatz 22 72764 Reutlingen

Stadt Reutlingen
Herrn Oberbürgermeister Thomas Keck
Marktplatz 22

72764 Reutlingen

**AfD-Fraktion im
Reutlinger Gemeinderat**

**Marktplatz 22
72764 Reutlingen**

Tel.Nr. 0178 – 822 4780
eMail hansjoerg.schrade@gmail.com

, den 10.02.2025

Antrag Nr. 4:

Nachtragshaushalts-Entwurf nicht ohne deutliche Einsparvorschläge der Verwaltung vorlegen: Priorisierung, Privatisierung, Portfolio bereinigen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

dem Vernehmen nach soll die Verabschiedung eines Nachtragshaushalts in der Gemeinderatssitzung vom 25. Februar **ohne Anträge der Fraktionen** stattfinden.

Dieser Entmündigung des Gemeinderats können wir angesichts der dramatischen finanziellen Lage der Stadt, der deutschen Wirtschaft und damit auch der Bundes- und Landessteuereinnahmen nicht zustimmen.

Vielmehr muss im Hauptorgan der Stadt auf der **Basis von Vorschlägen der Verwaltung** ohne Denkverbote eine grundsätzliche und gründliche Diskussion über Priorisierung („Aufgabenkritik“), Privatisierungen und damit verbundene Kosteneinsparungen bzw. Verkaufserlöse und eine Prüfung des Beteiligungs-Portfolios stattfinden.

Die Arbeitserleichterung für die Verwaltung durch einen Doppelhaushalt ist im Prinzip zu begrüßen; wenn aber die wesentlichen politischen Rahmenbedingungen (Ampel-Aus, Ukraine-Milliarden, Trump-Wahl mit höheren Militärausgaben für die europäischen Länder und Wirtschaftsgefahren durch Zölle., stark steigende CO2-Steuern ab 2027¹ usw. usf.) sich so dramatisch ändern, muss natürlich auch über den Haushalt politisch diskutiert werden, **müssen die Fraktionen Verantwortung übernehmen, Farbe bekennen und sollen sich nicht hinter dem Vorschlag der Verwaltung ohne Grundsatz-Entscheidungen verstecken können.**

Durchaus anzuerkennende Konsolidierungserfolge in den Ämtern, höhere Schulden oder noch weiteres Zurückfahren der Investitionstätigkeit reichen nicht mehr aus, diese Schrauben können nicht noch weiter angezogen werden: nach „fest“ kommt „ab“, das weiß jeder Mechaniker oder Hobbyschrauber.

¹<https://www.cicero.de/wirtschaft/gesetz-zum-eu-emissionhandel-ets-ii-bundestag-beschliesst-drastische-co2-preiserhöhung>

Die politisch Verantwortlichen, also Oberbürgermeister und Dezernenten müssen dazu substantielle Vorschläge machen. Die Erfahrung der vergangenen 5 Jahre, wenn aus den Reihen des Gemeinderats Vorschläge zu Einsparungen kamen (alle Haushaltsanträge der AfD seit 2019 waren entweder nur Sparvorschläge oder aber mit Deckungsvorschlägen versehen, die weit höher waren als die vorgeschlagenen Ausgaben, so beim Compliance Officer oder der Erhöhung der Budgets der Bezirksamter um den Faktor 100) war so, dass die Verwaltung sich zurücklehnte und eine „geht nicht“-Blockadehaltung einnahm.

Dann muss alles auf den Prüfstand, hier nur eine kleine, aber millionen-trächtige Auswahl:

- die sogenannte Klimapolitik – wie wenn Millionenausgaben in Reutlingen am Kleinklima am Albrand oder gar am weltweiten Klima etwas ändern könnten. Wenn die USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen ausgestiegen sind, sind die verbleibenden Industrieländer für nur noch 12,5 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstosses verantwortlich² – damit ist das Abkommen völlig wertlos, weil die Zuwächse der BRICS und anderer Schwellenländer weit größer sind, als diese 12,5 Prozent je einsparen können – mit welcher Legitimation werden dann in Reutlingen weitere Ausgaben und niemals rentierliche Investitionen getätigt, die mit „Klimaschutz“ grün angestrichen werden?
- die AfD hat schon vor Jahren maßvolle Verkäufe aus dem Bestand von 7.500 Wohnungen und Häusern der GWG gefordert – damit wären regelmäßig über Jahrzehnte (!) Veräußerungsgewinne in zweistelliger Millionenhöhe zu erzielen – und die Wohnungen wären trotzdem noch da, die Bilanz für Neubau gestärkt und der Verwaltungsaufwand gesenkt;
- wenn es einen dramatischen Unterschied gibt zwischen dem Invest für einen Waldkindergarten und herkömmliche Kindergärten und -Tagesstätten, warum legt die Verwaltung dann keinen Vorschlag vor, wie der gesetzliche Betreuungsanspruch möglichst kostengünstig über Waldkindergärten erfüllt werden könnte? Was doch für eine oder gar **die Biospärenhauptstadt mit den dann bundesweit gesündesten Kindern** gar nicht schlecht passen würde?
- wenn das neue Bussystem vor 2019 mit einem Anfangs-/Anlaufverlust von 5,7 Mio. geplant war und nach 14,5 Mio. im ersten vollen Jahr 2020 seither jährlich 10 oder 11 Mio. Zuschussbedarf hatte – warum kommt dann vom verantwortlichen Finanzbürgermeister kein substantieller („handfester“) **Vorschlag, wie dieses Millionengrab zugedeckt werden könnte?**
- wenn die EU-Chefin von der Leyen an ihrem Green Deal nur noch nominell festhält,³ aber plötzlich Energiepreise und Wettbewerbsfähigkeit als wichtige Ziele formuliert,

²https://www.achgut.com/artikel/das_pariser_klimaabkommen_ist_mit_trum_wirkungslos_und_unsere_politik_selbstmord

³<https://www.welt.de/wirtschaft/plus255235456/Das-Ende-des-Green-Deal-die-neue-Agenda-fuer-den-Standort-Europa.html>

dann könnten **Investitionen in „Energiewende“, „Mobilitätswende“ und andere „-wenden“ durch externe Schocks und davon getriebene Politikänderungen zu non-valeurs** werden.

Wer möchte in dieser Situation -zig Millioneninvestitionen beim SWR-Konzern verantworten, der die Stadt doch schon im Doppelhaushalt 24/25 durch gestrichene Ausschüttungen von 10 Mio. und eine Kapitalerhöhung von 10 Mio. zusammen 20 Mio. „gekostet“ hat, in nur 2 Jahren, trotz guter Gewinne bei der Tochterfirma Fairenergie als Cash-Cow? Die geplanten Investitionen dort müssen vom Aufsichtsratsvorsitzenden und Oberbürgermeister endlich offengelegt und im Gemeinderat vorurteilsfrei diskutiert werden!

- wenn die Stadt Tübingen öffentlich verkündet, dass durch die Privatisierung der Müllabfuhr jährlich 800.000 Euro eingespart werden können, warum kommt dann von unserem Finanzbürgermeister keine Vergleichszahl aus Reutlingen (die dann 1 Mio. deutlich überschreiten müsste), über die der Gemeinderat entscheiden könnte?
- Oder die Priorisierung in der Jugendarbeit: warum bekommt ein Verein Görls e.V. („Empowerment für queere Musliminnen“), der der Gender-Ideologie huldigt, 200.000 Euro und mehr pro Jahr, für die Capella Vocalis sollen aber keine 75.000 Euro vorhanden sein? Wer möchte dann noch von Kulturförderung reden? Warum kommt hier kein Aufschrei des Kulturamts?

Und so weiter, und so fort.

Und der hier: warum müssen diese Vorschläge von der jüngsten Fraktion (die durch „Die Partei“ verstärkte Linke existiert zwar nicht als Fraktion, aber doch in einer politischen und moralischen Kontinuität seit 1917, da können wir nicht mithalten) kommen und nicht von den ach so erfahrenen anderen Fraktionen?

Warum hat sich die Rolle der Rathauspitze bisher darauf beschränkt, auf alle Sparvorschläge unserer Fraktion mit wahlweise Schweigen oder der Empfehlung „Nichtannahme“ oder wort- und phantasiereiche Erklärungen abzugeben, warum diese Einsparvorschläge „nicht gehen“?

Warum teilt die Rathauspitze dramatische Kostensteigerungen schon vor dem ersten Baggerbiss bei der Rathaussanierung im hohen zweistelligen Prozentbereich mit, ohne dem Gemeinderat Einblick in die detaillierteren Planungen (Kostengruppen) zu geben?

Wie stellt sich der Finanzbürgermeister als Verantwortlicher die Finanzierung der Regionalstadtbahn vor?

Wie lautet das sich selbst gesetzte **Committent der Rathauspitze in Sachen Vermarktung RTunlimited bis zum Jahresende 25** oder bleibt es bei wolkigen Ankündigungen wie beim Neujahrsempfang der Stadt? **Wer fühlt sich politisch verantwortlich?**

Unser Antrag lautet also:

die Verwaltung legt zur Verabschiedung des Nachtragshaushalts am 25. Februar substantielle, diskussionswürdige, millionenschwere (Spar-)Vorschläge vor, die die Stadt in den Pflichtaufgaben stärken, die Verschuldung senken und Investitionen ermöglichen, die über den Abschreibungen liegen und so die Infrastruktur der Stadt wieder im Wert und Nutzen hochfahren. Die Rathauspitze bekennt sich zu ihren eigenen Vorschlägen und verpflichtet sich damit, diese dann auch umzusetzen.

Falls dies nicht erfolgt, wird die Verabschiedung des Nachtragshaushalts auf die Zeit nach der Mai-Steuerschätzung und bis zum Vorliegen solcher substantiellen Vorschläge der Rathauspitze verschoben.

Mit freundlichen Grüßen,
für die AfD Fraktion

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Schrade', written in a cursive style.

Hansjörg Schrade
Fraktionsvorsitzender